

10/2008

2015
aktuell

31. Oktober 2008

1. **MDG-Gipfel fordert verstärktes Handeln**
2. **117 Millionen Menschen demonstrieren weltweit gegen Armut**
3. **Finanzkrise bedroht Schwellen- und Entwicklungsländer**
4. **Jahrestagung von IWF und Weltbank im Zeichen der Finanzkrise**
5. **Welternährungstag: Hunger in der Welt dramatisch angestiegen**
6. **EU-Entwicklungsministertreffen in Bordeaux**
7. **Europas Beitrag zur MDG-Umsetzung**
8. **Bericht zur Entwicklungshilfe: zu wenig, zu ineffizient, zu undemokratisch**
9. **“Progress of the World`s Women 2008/2009”**
10. **Waffenhandel gefährdet Millenniumsentwicklungsziele**
11. **Menschenwürdige Arbeit für alle gefordert**

*Kurz notiert
Termine*

1. MDG-Gipfel fordert verstärktes Handeln

Im Rahmen der UN-Generalversammlung fand am 25. September dieses Jahres in New York das so genannte High Level Event zu den Millenniumsentwicklungszielen (MDG) statt. Hintergrund ist die bisher unzureichende Umsetzung der MDG: viele Länder werden die Ziele deutlich verfehlen, sollte sich die Entwicklung in der jetzigen Geschwindigkeit fortsetzen. Bei der Konferenz kündigten nun Vertreter von Regierungen, Zivilgesellschaft, Stiftungen und aus dem privaten Sektor neue Maßnahmen zur Verwirklichung der MDG an. Nach Aussagen von UN-Generalsekretär Ban Ki-moon konnten 16 Milliarden US-Dollar mobilisiert werden, um die Erreichung der MDG voranzubringen. Von diesen Geldern sollen etwa 1,6 Milliarden US-Dollar für die Nahrungssicherung, 4,5 Milliarden US-Dollar für Bildung

und weitere drei Milliarden US-Dollar für den Kampf gegen Malaria ausgegeben werden. Ban Ki-moon begrüßte die neuen Finanzierungszusagen, mahnte jedoch ihre zeitnahe Umsetzung an, um den armen Menschen schnellstmöglich zu helfen. Außerdem erinnerte er die Industrieländer an ihr Ziel, bis zum Jahr 2015 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für Entwicklungshilfe auszugeben und kritisierte ihre hohen Rüstungsausgaben.

(<http://www.un.org/millenniumgoals/2008highlevel/index.shtml>)

Bundesentwicklungsministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul wies angesichts der Halbzeit der MDG-Umsetzung auf die ungleichen Entwicklungen hin: Zwar seien weltweit Fortschritte im Kampf gegen Armut zu verzeichnen. Dies gelte besonders für Südostasien, aber nicht für Afrika. Afrika südlich der Sahara ist immer noch die Region, die am weitesten von der Erreichung der MDG entfernt ist. Dennoch seien auch dort Fortschritte zu verzeichnen. So habe die Region die staatlichen Einnahmen seit 2001 auf nun 185 Milliarden US-Dollar verdreifacht und zeige mehr Eigenverantwortung, die Entwicklung der Region schneller als bisher voranzutreiben. Trotzdem werden die Ziele der Mütter- und Kindersterblichkeit bei gleich bleibenden Fortschritten verfehlt werden. Um dem entgegenzuwirken und Infektionskrankheiten zu bekämpfen, hat die Ministerin gemeinsam mit dem norwegischen Ministerpräsidenten Jens Stoltenberg, dem britischen Premierminister Gordon Brown, Microsoft-Gründer Bill Gates und anderen eine „Task Force“ gegründet, deren Ziel es ist, zusätzlich benötigte Mittel für Gesundheitssysteme durch innovative Finanzierungsinstrumente zu mobilisieren.

(www.bmz.de/de/presse/aktuelleMeldungen/2008/september/20080922_mdgs/index.html)

Die Nichtregierungsorganisation (NRO) Oxfam begrüßte, dass der Gipfel neuen Schwung in den Kampf gegen die weltweite Armut gebracht habe und die Dringlichkeit von Themen, wie Kinder- und Müttersterblichkeit und Infektionskrankheiten erkannt wurde. Kritisiert wurde jedoch die mangelhafte Reaktion auf die Nahrungsmittelkrise. Oxfam betonte, dass die meisten der vor Monaten gemachten Versprechen immer noch nicht umgesetzt worden sind. Bereits im Vorfeld der Konferenz hatte die Welthungerhilfe kritisiert, dass die Nahrungsmittelkrise im Vergleich zur Weltfinanzkrise nicht ernst genug genommen wird. Dabei sei sie viel schwerwiegender, da sie millionenfach Menschenleben bedrohe. Nach Angaben der Welthungerhilfe ist es dringend notwendig, mehr finanzielle Mittel für langfristige Ernährungssicherheit und ländliche Infrastruktur bereitzustellen. World Vision Deutschland und die Deutsche Stiftung Weltbevölkerung (DSW) forderten mehr Unterstützung für Gesundheitssysteme in Entwicklungsländern, da gerade bei der Mütter- und Kindersterblichkeit erheblicher Nachholbedarf bestehe. Noch immer stirbt alle drei Sekunden ein Kind unter fünf Jahren und jede Minute eine Frau an Komplikationen während Schwangerschaft oder Geburt. World Vision betonte, dass die Verbesserung der Gesundheit unmittelbaren positiven Einfluss auf die Erreichung der anderen MDG hat. Die DSW forderte zusätzliche Anstrengungen für die sexuelle Selbstbestimmung der Frauen in Entwicklungsländern. Wenn Frauen frei über die Zahl ihrer Kinder und den Zeitpunkt ihrer Geburten bestimmen könnten, würde sich das positiv auf die Überlebenschancen von Kindern und Müttern auswirken.

(www.oxfam.de/a_631_aktuell.asp?id=231; www.welthungerhilfe.de/mdg-gipfel-2008.html;

www.weltbevoelkerung.de/presse/presseinformationen103.shtml?navanchor=10031;
[www.worldvision.de/ downloads/presse/PM-MDG-Gipfel%20New%20York%202008.pdf](http://www.worldvision.de/downloads/presse/PM-MDG-Gipfel%20New%20York%202008.pdf))

2. 117 Millionen Menschen demonstrierten weltweit gegen Armut

Vom 17. bis 19. Oktober dieses Jahres fanden im Rahmen der Aktion „Stand up & Take Action“ weltweit Aktionstage gegen Armut statt. Nach Angaben der Veranstalter beteiligten sich daran knapp 117 Millionen Menschen in 131 Ländern. Das bedeutet, „dass fast zwei Prozent der Weltbevölkerung mitgemacht haben – eine historisch einmalige Mobilisierung und gleichzeitig ein Weltrekordeintrag im Guinness Buch der Rekorde“, erklärte Ulrich Schlenker, Koordinator der Kampagne „Deine Stimme gegen Armut“. Mit Demonstrationen, Menschenketten, Konzerten, bei Sportveranstaltungen, Konferenzen, an Universitäten, Schulen und bei öffentlichen „Stand up“-Aktionen forderten die Teilnehmer einen verstärkten Kampf gegen die weltweite Armut und die Umsetzung der MDG. Aufgerufen hatten die zivilgesellschaftliche Kampagne „Global Call to Action against Poverty“ (GCAP) und die UN-Millenniumskampagne.

(www.standagainstopoverty.org; www.stelldichgegenarmut.de)

3. Finanzkrise bedroht Schwellen- und Entwicklungsländer

Vor dem Hintergrund der aktuellen Finanzkrise forderte UN-Generalsekretär Ban Ki-moon, dass diese keine Auswirkungen auf die Finanzierung der MDG haben darf. Nach Schätzungen des Internationalen Währungsfonds (IWF) hat die Finanzbranche bereits jetzt Verluste in Höhe von 1.400 Milliarden US-Dollar erlitten. Laut UN-Generalsekretär Ban Ki-moon würden fünf Prozent dieser Summe – 72 Milliarden US-Dollar – zusätzlich pro Jahr ausreichen, damit in ganz Afrika bis zum Jahr 2015 Armut und Hunger halbiert, allen Menschen eine Schulbildung ermöglicht sowie Aids, Malaria und Tuberkulose erfolgreich bekämpft werden könnten. Auch der Generalsekretär der UN-Organisation für Handel und Entwicklung (UNCTAD) Supachai Panitchpakdi sieht Gefahren für die Entwicklungsländer, die aus der globalen Finanzkrise resultieren. Er erklärte, die Entwicklungsländer seien „unschuldige Beobachter“ der sich ausweitenden Finanzkrise. Einige Sektoren der sich entwickelnden Ökonomien des Südens litten bereits jetzt unter der Krise, weitere Auswirkungen seien insbesondere im Handelsbereich zu erwarten. Der Rohstoffboom, der rohstoffexportierenden Entwicklungsländern zeitweilig genutzt habe, werde zu Ende gehen. Panitchpakdi befürchtet eine Kapitalflucht aus den Ländern des Südens und fordert eine Form der Regulierung der Finanzmärkte, die die Risiken für kleine Länder verringert.

(www.unctad.org/Templates/Webflyer.asp?intItemID=1397&docID=10721)

In einer Erklärung brachte der Evangelische Entwicklungsdienst (EED) seine Sorge über die Auswirkungen der Finanzkrise zum Ausdruck. Die Krise werde die Armen in den Entwicklungsländern am Härtesten treffen und die Industrieländer liefen Gefahr, die lebenswichtigen Interessen der Menschen, die in Armut leben, aus dem Blick zu verlieren. Bei einem neuen Regulierungssystem für die internationalen Finanzmärkte müssten unter anderem folgende Aspekte berücksichtigt werden: Die Schaffung von mehr Verteilungsgerechtigkeit, die Verhinderung von Spekulationen bei Grundnahrungsmitteln und Naturgütern, Schutz sich entwickelnder Märkte in Schwellen- und Entwicklungsländern sowie die Einführung einer Börsenumsatzsteuer für kurzfristige Devisentransaktionen.

(www.eed.de/de/de.eed.news/de.news.970/index.html)

4. Jahrestagung von IWF und Weltbank im Zeichen der Finanzkrise

Auch die Jahrestagung des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank vom 10. bis 13. Oktober dieses Jahres fand im Zeichen der Weltfinanzkrise statt. Vertreter beider Organisationen betonten, dass kein Land immun gegen die Krise ist und forderten deshalb schnelle, entschlossene und vor allem koordinierte Antworten. Insbesondere die europäischen Länder wurden in die Pflicht genommen, nationale Lösungen durch eine enge europäische Zusammenarbeit zu ersetzen. Nur so könne wieder Vertrauen geschaffen werden, um die Weltwirtschaft, die sich am Rande einer Rezession befinde, zu stützen. Prognosen beider Organisationen sehen voraus, dass die Rezession auch im nächsten Jahr anhalten wird und eine Erholung erst für Ende 2009 zu erwarten ist. Vor diesem Hintergrund müsse man besonders auf die Entwicklungsländer eingehen, die nach der Energie- und Nahrungsmittelkrise bereits von der dritten schweren Krise dieses Jahr betroffen sind. Der IWF und die Weltbank mahnten die Industrieländer, ihre Entwicklungshilfeversprechen einzuhalten und die finanziellen Leistungen nicht zu kürzen. Sie selbst kündigten die Aufstockung ihrer Hilfszahlungen in den Bereichen Klima und Nahrungsmittelhilfe, sowie die Intensivierung des Projekts „Energy for the poor“ an, welches erdölimportierenden Ländern hilft, die hohen Rohstoffpreise zu bezahlen. Außerdem soll die Stimmrechtsreform weiter vorangetrieben werden, damit Entwicklungs- und Schwellenländer innerhalb der Institutionen mehr Mitspracherechte bekommen. Die deutsche Weltbankgouverneurin, Entwicklungsministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul, stellte während der Jahrestagung einen Vorschlag zur Bekämpfung von Steuer- und Kapitalflucht vor. Mit dem „International Tax Compact“ sollen die Schäden reduziert werden sollen, die Entwicklungsländern aus der Steuerflucht reicher Einzelpersonen und internationaler Konzerne entstehen.

(www.imf.org/external/np/tr/2008/tr100908.htm;

<http://siteresources.worldbank.org/DEVCOMMINT/NewsAndEvents/21937474/FinalCommunication101208.pdf>)

NRO-Vertreter forderten angesichts der Finanzmarktkrise ein neues Leitbild für die Internationalen Finanzinstitutionen. Dieses müsse, der NRO WEED zufolge, entwicklungsfreundlich und damit stabil, berechenbar und sozial gerecht sein. Zudem sollte es den Entwicklungsländern den Spielraum lassen, ihren Entwicklungsweg selbst zu bestimmen. Die Lobbyorganisation ONE forderte politische Entscheider auf, die Überwindung der drängenden Nahrungsmittel-, Energie- und Gesundheitsdefizite in den Entwicklungsländern als integralen Bestandteil zur Überwindung der weltweiten Finanzkrise zu begreifen. Das Kampagnenbündnis „Global Call to Action against Poverty“ (GCAP) kritisierte, dass finanzielle Hilfen und Schuldenerlasse immer noch an eine ganze Reihe von Konditionen gebunden seien, die häufig den armen Menschen schaden. Außerdem sei noch keine Reform des Stimmrechts innerhalb der Weltbank und des IWF in Sicht, die Entwicklungs- und Schwellenländern gleichberechtigte Mitspracherechte einräumt. Lob gab es dagegen für den Plan zur Einführung eines „International Tax Compact“. Vertreter von MISEREOR begrüßten ihn als einen wichtigen Schritt zu einer verbindlichen internationalen Kooperation, mit der die Schäden, die Entwicklungsländern durch systematische Steuerflucht entstünden, reduziert werden könnten. Diese Mittel lägen oftmals weit über den Einnahmen der Entwicklungshilfe und würden dringend für Armutsbekämpfung und Entwicklung benötigt.

(www.misereor.de/presse/detailansicht-presse/article/entwicklungslaender-gegen-kapitalflucht-und-steuervermeidung-staerken.html;
www.one.org/de/news/;
www.whiteband.org/media/press-info; www.weed-online.org/)

5. Welternährungstag: Hunger in der Welt dramatisch angestiegen

Anlässlich des Welternährungstages am 16. Oktober stellten das Internationale Forschungsinstitut für Agrar- und Ernährungspolitik (IFPRI) und die Welthungerhilfe ihren aktuellen Welthunger-Index vor. Die Befunde dieses Berichts sind alarmierend: In 33 Ländern weltweit hat der Hunger sehr ernste bis gravierende Ausmaße angenommen. Die Zahl der Menschen, die an Hunger leiden, ist von 854 auf 923 Millionen gestiegen. Regional betrachtet steht Afrika südlich der Sahara am schlechtesten dar, gefolgt von Südasien. Am unteren Ende der untersuchten 88 Länder befinden sich die DR Kongo, Eritrea, Burundi, Niger und Sierra Leone. Bei der Vorstellung des Berichts erklärte die Vorstandsvorsitzende der Welthungerhilfe Ingeborg Schäuble: „Das allgemeine Umdenken über die Rolle des Staates und der internationalen Gemeinschaft, das durch die Finanzkrise eingeleitet hat, muss sich auch auf die Hungerkrise erstrecken. Die Welt braucht ein Rettungspaket gegen den Welthunger, deshalb fordern wir eine Erhöhung der Mittel für die Entwicklung der Landwirtschaft in den Entwicklungsländern von jährlich mindestens zehn Milliarden Euro sowie die Schaffung fairer Handelsbedingungen.“ Als eine wesentliche Ursache für die Hungerkrise benennt Frau Schäuble die extrem gestiegenen Lebensmittelpreise. So haben sich die Preise für Weizen und Geflügel seit 2003 verdoppelt, für Mais verdreifacht und für Reis sogar vervierfacht. Die gegenwärtige Finanzkrise, so Prof. von Braun, Direktor des IFPRI, bedeute zwar eine kurzfristige Erleichterung, da sie zum Absinken der Agrarpreise beiträgt, aber das Kapital für Agrarinvestitionen und für Ernährungsprogramme werde jetzt noch knapper. Diese Entwicklung drohe die nachhaltige Überwindung der Welternährungskrise zu verhindern.

(www.welthungerhilfe.de/welthungerindex-2008.html)

Auch andere NRO haben den Welternährungstag zum Anlass genommen, Studien zur Ernährungssicherheit vorzulegen. So zeigen „**Brot für die Welt**“ und **Germanwatch** in der Studie „**Ist Essen bald Luxus?**“ die Auswirkungen und Reaktionen armer Staaten – wie Mali und Burkina Faso – auf die gestiegenen Lebensmittelpreise. Für viele Menschen sind Lebensmittel inzwischen unbezahlbar geworden. Der Studie zufolge müssten wesentlich mehr Mittel zur Förderung des ländlichen Raums in Entwicklungsländern bereitgestellt werden. Auch die Länder des Südens müssten in Ihren Staatshaushalten mehr Mittel für die ländliche Entwicklung bereitstellen. Das Bischöfliche Hilfswerk **MISEREOR** und die **Heinrich-Böll-Stiftung** haben in einer gemeinsamen Studie einen umfassenden Kurswechsel in der internationalen Agrarpolitik gefordert. In der Studie mit dem Titel „**The Global Food Crisis: Creating an Opportunity for Fairer and More Sustainable Food and Agriculture Systems Worldwide**“ wird als eine Ursache für die weltweit gestiegenen Nahrungsmittelpreise die Spekulationen an den Weltbörsen thematisiert, deren Aktivitäten besser reguliert werden müssen. Eine neue **Oxfam**-Studie unter dem Titel „**Double Edged Prices**“ belegt, dass nicht etwa die Millionen Kleinbauern in den armen Ländern von den angestiegenen Lebensmittelpreisen profitiert haben, sondern lediglich einige internationale Lebensmittelkonzerne und Supermarktketten. In vielen Entwicklungsländern sind die Kleinbauern den Preisschwankungen des Marktes schutzlos ausgeliefert, so Oxfam Handelsexpertin Marita Wiggerthale.

Zudem hat die internationale Gemeinschaft völlig unzureichend auf die weltweite Nahrungsmittelkrise reagiert. Von den versprochenen 12,3 Milliarden US-Dollar Hilfgeldern seien bisher lediglich eine Milliarde ausgezahlt worden, so Wiggerthale. (www.brot-fuer-die-welt.de; www.germanwatch.org; [www.ecofair-trade.org/pics/de/EcoFair Trade Paper No11 Ugarte Murphy 1.pdf](http://www.ecofair-trade.org/pics/de/EcoFair_Trade_Paper_No11_Ugarte_Murphy_1.pdf); (www.Oxfam.de/download/double-edged-prices.pdf)

Bundesentwicklungsministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul erklärte zum Welternährungstag: "Wenn die internationale Gemeinschaft für die Rettung des Finanzsystems innerhalb kürzester Zeit viele Hundert Milliarden Dollar mobilisieren kann, muss es auch möglich sein, die Milliardenbeträge zu mobilisieren, die notwendig sind, um die Welt vor Hunger und Armut zu retten." Die Ministerin wies darauf hin, dass neben kurzfristiger Nothilfe dringend mehr in die ländliche Entwicklung investiert werden müsse. Durch die Schaffung einer internationalen Agrarfazilität sollten große Investitions- und Staatsfonds und Länder, die von den hohen Energiepreisen profitieren, die Möglichkeit erhalten, gezielt zugunsten landwirtschaftlicher Produktion zu investieren. Das BMZ wird in diesem Jahr fast 600 Millionen Euro für Maßnahmen der Ernährungssicherung bereitstellen. (www.bmz.de/de/presse/pm/2008/oktober/pm_20081015_98.html)

In der Erklärung „**Women respond to the Food Crisis: We are part of the Solution**“ machen verschiedene Frauenrechtsorganisationen auf die geschlechtsspezifischen Folgen der Nahrungsmittelkrise aufmerksam. Das Problem sei nicht unbedingt in der Produktion von Nahrungsmitteln zu suchen, sondern vielmehr in der Verteilung von Land und Eigentum. Dabei werden gerade Frauen stark benachteiligt. Daher ist es wenig erstaunlich, dass Frauen und Mädchen die Mehrheit der etwa 1,4 Milliarden Menschen, die unterhalb der Armutsgrenze leben, ausmachen. Zurückzuführen ist dies der Erklärung zufolge auf die makroökonomische und strukturelle Politik der internationalen Finanzinstitutionen der letzten 30 Jahre. Diese müsse radikal geändert werden, um den Fokus stärker auf die Betroffenen und insbesondere auf die Bedürfnisse der Frauen auszurichten. Die Organisationen fordern die Internationale Gemeinschaft auf, ihre Versprechen zur Erhöhung der Entwicklungshilfemittel zu halten und sich für gerechte Märkte einzusetzen. Besonderen Wert legen sie auf die Stärkung ländlicher Strukturen sowie von Frauen in der Landwirtschaft.

(www.awid.org/eng/Women-in-Action/Appeals-Urgent-Actions/Declaration-on-Women-and-Food-Crisis-Women-respond-to-the-Food-Crisis-We-are-part-of-the-solution)

6. EU-Entwicklungsministertreffen in Bordeaux

Vom 29. bis 30. September trafen sich in Bordeaux die zuständigen Minister und Ministerinnen der EU-Mitgliedsstaaten zum informellen Entwicklungsministertreffen. Zentrales Thema war die Nahrungsmittelkrise aber auch die Unterstützung von Gesundheitssystemen, der Klimawandel sowie die Vorbereitung auf die zweite Weltkonferenz zur Entwicklungsfinanzierung, die Ende November in Doha-Katar stattfinden wird. Zum Abschluss der Konferenz riefen die EU-Entwicklungsminister zu einem schnellen Eingreifen gegen die Nahrungsmittelkrise auf. Sie unterstützten den Vorschlag der EU-Kommission zur Einrichtung einer Nahrungsmittelfazilität, mit der durch die Umwidmung überschüssiger Mittel aus dem EU-Agrarhaushalt eine Milliarde Euro für Hilfsmaßnahmen zugunsten der am meisten von der

Nahrungsmittelkrise betroffenen Länder bereitgestellt werden sollen. Bei den Mitteln handelt es sich um nicht abgeflossene Agrarsubventionen. (www.ue2008.fr/PFUE/site/PFUE/lang/de/reunion_informelle_des_ministres_du_developpement_de_l_ue_principaux_resultats)

Entwicklungsministerin Heidemarie Wiecek-Zeul erklärte vor Ihrer Abreise, dass die Auswirkungen der Ernährungskrise, steigende Rohstoffpreise, die globale Finanzkrise und der Klimawandel insbesondere die Armen in Entwicklungsländern treffen. Zur Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele sei daher ein gemeinsames, abgestimmtes und entschlossenes Handeln im Kampf gegen die Armut erforderlich. Dies bedeute für die Industrieländer, dass sie ihre eingegangenen Verpflichtungen zur Entwicklungsfinanzierung einhalten müssten. Als Sondergesandte des UN-Generalsekretärs für die Weltkonferenz zur Entwicklungsfinanzierung hob sie beim informellen Entwicklungsministertreffen die Bedeutung der Konferenz hervor. (www.bmz.de/de/presse/pm/2008/september/pm_20080929_90.html)

NRO hatten bereits im September gefordert, dem Vorschlag der europäischen Kommission zur Umwidmung der Haushaltsmittel zugunsten von Hilfsleistungen nachzukommen. Der Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO) erklärte, dass die Gelder dringend benötigt würden, um die Folgen der Nahrungsmittelkrise zu lindern. Die ländliche Bevölkerung in den ärmsten Ländern, besonders in Afrika, sei auf Lieferungen in Form von Saatgut und Dünger, aber auch auf langfristige Unterstützung für die landwirtschaftliche Produktion angewiesen, wenn es nicht zu weiteren Hungerkrisen kommen soll. In einem Antrag forderte nun auch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den Bundestag zur Unterstützung der europäischen Initiative auf. Die Bundesregierung soll sich dem Antrag zufolge dafür einsetzen, dass mit den zusätzlichen Geldern die nachhaltige kleinbäuerliche Landwirtschaft in den Ländern unterstützt wird, die von der Nahrungsmittelkrise betroffen sind. (www.venro.org/256.html; <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/105/1610591.pdf>)

7. Europas Beitrag zur MDG-Umsetzung

Ein im September veröffentlichter Bericht mit dem Titel „**Millennium Development Goals at Midpoint: Where do we stand and where do we need to go?**“ hat vor dem Hintergrund der ernüchternden MDG-Halbzeitbilanz Empfehlungen zur Verwirklichung der MDG formuliert. Zentral seien dem Autorenteam um den Ex-Weltbank-Ökonomen Francois Bourguignon zufolge insbesondere ein kohärentes Handeln der Politik, das Einhalten der Versprechen zur Erhöhung und Verbesserung der Entwicklungshilfeleistungen seitens der Gebergemeinschaft, politische Maßnahmen in den Entwicklungsländern, Sozialversicherungssysteme sowie ein besonderes Engagement zur Erreichung der MDG in fragilen Staaten. Außerdem müsste die Staatengemeinschaft sich ab sofort mit der Fortführung von Entwicklung und Armutsbekämpfung auch nach dem Jahr 2015 beschäftigen. Als erster Beitrag zum „**European Development Report**“ richtet sich der Bericht insbesondere an die EU, der sowohl als größter Geber, als auch durch ihre Funktion als erfolgreiches Beispiel regionaler und wirtschaftlicher Zusammenarbeit eine besondere Verantwortung bei der Erreichung der MDG zukommt. Auch wenn es seitens der EU bedeutende Erfolge zu verzeichnen gibt, so liegen große Herausforderungen für eine

kohärente Politik nach wie vor in den Bereichen Handel, Migration und Entwicklungszusammenarbeit, so der Bericht.

(http://ec.europa.eu/development/icenter/repository/mdg_paper_final_20080916_en.pdf)

Auch das internationale NRO-Bündnis **Alliance 2015** setzt sich in Heft 5 seiner Reihe 2015-Watch mit dem europäischen Beitrag zur Verwirklichung der MDG auseinander. Unter dem Titel „**The EU's contribution to the Millennium Development Goals – Poverty Eradication: From Rhetoric to Results?**“ identifiziert der Bericht drei zentrale Herausforderungen für die EU-Entwicklungspolitik: Neben der Verbesserung der Wirkungsorientierung im Hinblick auf die MDG ist es demzufolge zentral, die demokratische Rechenschaftspflicht sowie die Stärkung der Zivilgesellschaft voranzutreiben. Im Einzelnen kritisiert der Bericht, dass im Rahmen der Budgethilfe, bei der direkte Zahlungen an nationale Haushalte geleistet werden, demokratische und menschenrechtliche Kriterien vernachlässigt werden. Weiterhin unterliegen die Hilfsleistungen für Afrika sowie die Staaten der Karibik und des Pazifik (AKP-Staaten), die fast die Hälfte der europäischen EZ-Leistungen erreichen, keiner demokratischen Kontrolle durch das europäische Parlament. Schließlich zeigt der Bericht auf, dass die Europäische Kommission zwar in allen untersuchten Ländern die lokale Zivilgesellschaft konsultierte, diese jedoch nicht immer in der Lage war, sich als eigenständiger Akteur in den Entwicklungsprozess einzubringen. Die Stärkung der Zivilgesellschaft ist daher eine weitere zentrale Voraussetzung für eine wirksamere Entwicklungszusammenarbeit der Europäischen Union.

(www.alliance2015.org/fileadmin/user_upload/2015-Watch_Report_5.pdf)

8. Bericht zur Entwicklungshilfe: zu wenig, zu ineffizient, zu undemokratisch

In ihrem diesjährigen Bericht zur „**Reality of Aid 2008**“ setzen sich zivilgesellschaftliche Organisationen aus dem Norden und dem Süden kritisch mit der Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit auseinander. Ihre Kritik bezieht sich dabei sowohl auf die Quantität als auch auf die Qualität der Hilfe. Zieht man Schuldenerlasse und die Ausgaben für ausländische Studierende und Flüchtlinge in den reichen Ländern ab, dann ist die weltweite Entwicklungshilfe seit 2005 auf dem Niveau von 0,22 Prozent ihres Bruttonationaleinkommens (BNE) stagniert und widerspricht damit den Zusagen der Geberländer, ihre Entwicklungshilfeleistungen schrittweise auf 0,7 Prozent zu steigern. Die gezahlten Gelder sind darüber hinaus immer noch zu wenig auf die Armutsbekämpfung ausgerichtet. Stattdessen spielen außenpolitische und geostrategische Interessen der Geberländer weiterhin eine große Rolle, und immer noch bevorzugen viele Geber Unternehmen und Agenturen aus ihren Ländern bei der Auftragsvergabe. Das macht die Entwicklungshilfe weniger effizient und verhindert, dass die Mittel wirksamer zur Armutsbekämpfung eingesetzt werden können. Trotz Verpflichtungen der Geberländer zur Stärkung der Eigenverantwortung in den Partnerländern, wollen viele Geberländer weiterhin selbst entscheiden, für welche Zwecke die Mittel eingesetzt werden, statt dieses den Regierungen und Parlamenten der Entwicklungsländer zu überlassen. Durch solche Konditionalitäten untergräbt die Entwicklungshilfe häufig die Demokratie in Entwicklungsländern. (www.realityofaid.org/roareport.php?table=roa2008&id=1)

9. „Progress of the World`s Women 2008/2009“

Gute Regierungsführung ist auf die Beteiligung von Frauen angewiesen, ebenso wie sie ihrerseits eine zentrale Voraussetzung für Geschlechtergerechtigkeit ist. Dies ist ein Ergebnis des diesjährigen „**Progress of the World`s Women 2008/2009**“-Berichts, den der UN-Entwicklungsfonds für Frauen (**UNIFEM**) im September in New York vorstellte. Der Bericht analysiert jedes MDG aus Genderperspektive und fordert eine stärkere Rechenschaftspflicht gegenüber Frauen, um nationale und internationale Verpflichtungen zur Umsetzung von Frauenrechten zu erreichen. Derzeit sind Frauen weltweit in gesetzgebenden Institutionen mit durchschnittlich einem Viertel der Sitze vertreten; über 60 Prozent der unbezahlten FamilienarbeiterInnen sind Frauen, sie verdienen immer noch durchschnittlich 17 Prozent weniger als Männer und ein Drittel von Ihnen erlebt im Laufe Ihres Lebens geschlechtsspezifische Gewalt. Eine wichtige Ursache für diese Situation ist die unzureichende staatliche Rechenschaftspflicht gegenüber Frauen, die insbesondere in den folgenden Bereichen verbessert werden muss: Politik und Regierungsführung, Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen, wirtschaftliche Gleichberechtigung, Rechtssprechung sowie die Verteilung internationaler Entwicklungs- und Sicherheitsleistungen. (www.unifem.org/progress/2008/)

10. Waffenhandel gefährdet Millenniumsentwicklungsziele

Nach Ansicht von **Oxfam** zählen unkontrollierte Rüstungstransfers zu den Ursachen, die viele Entwicklungsländer vom Erreichen der Millenniumsentwicklungsziele abhalten. Dem Bericht **„Shooting Down the MDGs“** zufolge geschieht dies in Friedenszeiten durch Verschwendung knapper Budgetmittel für überbeuerte oder unnötige Rüstungskäufe und in Kriegszeiten durch wirtschaftliche und soziale Schädigung ganzer Regionen. Oxfam dokumentiert diese Zusammenhänge in einem neuen Bericht anhand von Beispielen aus Asien, Lateinamerika und Afrika. Die NRO plädiert dafür, dass in das Internationale Waffenhandels-Kontrollabkommen, über das zurzeit die Vereinten Nationen verhandeln, Kriterien aufgenommen werden, die die Folgen von Waffenlieferungen auf die nachhaltige Entwicklung der Käuferstaaten prüfen.

(www.oxfam.org.uk/resources/policy/conflict_disasters/downloads/bp120_shooting_mdgs.pdf)

11. Menschenwürdige Arbeit für alle gefordert

In mehr als 100 Ländern, vom Inselstaat Fidschi bis nach Alaska, haben sich am 7. Oktober 2008 Millionen Menschen an Aktionen, Demonstrationen und Veranstaltungen für menschenwürdige Arbeit und eine Stärkung der Arbeitnehmer- und Menschenrechte beteiligt. Anlass war der erste Welttag für „Decent Work“ (menschenwürdige Arbeit) zu dem der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB) aufgerufen hatte. Zahlreiche NRO und Kampagnen, wie der „Global Call to Action against Poverty“ (GCAP) unterstützten die gewerkschaftlichen Aktionen gegen Ausbeutung und Diskriminierung am Arbeitsplatz, für die Einhaltung der Kernarbeitsnormen und die Schaffung menschenwürdiger Arbeit weltweit. Anknüpfungspunkt ist die „Decent Work Agenda“ der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO). Diese Agenda verfolgt vier Kernziele: Umsetzung und Förderung der Kernarbeitsnormen; Schaffung menschenwürdiger Beschäftigungsmöglichkeiten mit ausreichendem Einkommen, Stärkung der sozialen Sicherheit sowie Stärkung des Dialogs zwischen den Sozialpartnern. Seit 2008 ist

„Decent Work“ auch ein Unterziel des ersten Millenniumsentwicklungsziels zur Bekämpfung von Armut und Hunger.

(www.wddw.org; www.ilo.org/public/english/decent.htm)

Eine wachsende weltweite Kluft zwischen arm und reich konstatiert auch eine neue Studie der **Internationalen Arbeitsorganisation (ILO)** die den Titel „**World of Work Report 2008: Income inequalities in the age of financial globalisation**“ trägt. Demnach ist der Abstand zwischen den Niedriglohnempfängern und den Besserverdienenden im globalen Maßstab seit Anfang der 90iger Jahre dramatisch gewachsen – obwohl die Zahl der Arbeitsplätze weltweit um 30 Prozent angestiegen ist. Die Vereinten Nationen äußerten bei der Vorstellung der Studie die Befürchtung, dass die Hauptlast der Kosten der gegenwärtigen finanziellen und ökonomischen Krise auf den Schultern hunderter Millionen Menschen liegen werde, die nicht von den Gewinnen der globalen wirtschaftlichen Expansion profitiert haben. (www.ilo.org/public/english/bureau/inst/download/world08.pdf)

Kurz notiert:

Das **MDGNet** und das **UNDP/MDG Policy Network** haben erstmals einen neuen MDG Newsletter mit dem Titel **MDG Insights** veröffentlicht. Dieser soll den Lesern den aktuellen Stand der Umsetzung der Millenniumsentwicklungsziele näher bringen und gleichzeitig über neue interessante Programme berichten. Die erste Ausgabe unter dem Titel „investments in ecosystems and sustainable livelihood“ beschäftigt sich mit den Themen Umwelt und Klima. Der Newsletter ist unter folgendem Link zu finden: www.mdg-gateway.org/MDG-Insights/Oct/Issue01.pdf

Das **INKOTA Netzwerk** präsentiert ab dem 30.10. ihre neue Wanderausstellung „**abgeerntet. Wer ernährt die Welt?**“ in der URANIA-Berlin. Die zum Teil interaktive Ausstellung bietet den Besuchern die Gelegenheit, auf spielerische Weise ihr Wissen über die Auswirkungen der Globalisierung auf die Ernährungssicherheit und Wege aus der Nahrungsmittelkrise zu erweitern. Weitere Informationen bei bahn@inkota.de

Das **UN International Research and Training Institute for the Advancement of Women (UN-INSTRAW)** hat eine neue Website gestartet, auf der Informationen zu dem Thema Gender in der Entwicklungsfinanzierung gebündelt und veröffentlicht werden. Neben Statistiken stellt die Website zusätzlich links zu relevanten Organisationen innerhalb der UN, der Zivilgesellschaft und der Finanzwelt bereit. www.un-instraw.org/en/index.php?option=content&task=view&id=641&Itemid=127

Termine

4. November 2008, Bonn, WOMNET, genanet/LIFE

Klimaschutz, Klimawandel und Geschlechtergerechtigkeit
Tagung

www.womnet.de

7. November 2008, Frankfurt, Weltläden Hessen

Millenniumsziele und lokales Handeln

Tagung

Informationen unter: info@weltlaeden-hessen.de

10. November 2008, Bonn, DIE, Germanwatch, FIAN, KLJB

Assessing the Impact of EPAs on Africa's Smallholders
International Workshop

www.germanwatch.org/termine/2008-11-10.pdf

11. November 2008, Berlin, DGB, Verdi, tdh, Global Policy Forum Europe, CorA

Sonderwirtschaftszonen: Entwicklungsmotoren oder rechtsfreie Räume der Globalisierung?
Workshop

Informationen unter: europe@globalpolicy.org

11. November 2008, Berlin, Deutsches Global Compact Netzwerk

Handlungsspielräume und Verpflichtungen von Unternehmen in Bezug auf Menschenrechte
Diskussionsveranstaltung

[www.globalcompact.de/index.php?id=44&tx_ttnews\[tt_news\]=3&tx_ttnews\[year\]=2008&tx_ttnews\[month\]=08&tx_ttnews\[day\]=26&cHash=887555e47c](http://www.globalcompact.de/index.php?id=44&tx_ttnews[tt_news]=3&tx_ttnews[year]=2008&tx_ttnews[month]=08&tx_ttnews[day]=26&cHash=887555e47c)

13. November 2008, Berlin, PlaNet Finance, World Vision

Stärkung der Kleinbauern als Antwort auf die Nahrungsmittelkrise: Welche Rolle spielen
Mikrofinanzdienstleistungen?

Podiumsdiskussion

Informationen unter: contactdeutschland@planetfinance.org

17. November 2008, Berlin, WEED, EED

Financial Crash, Food Speculation & Development
International Workshop

Informationen unter: peter.wahl@weed-online.org

20. November 2008, Bonn, FES, WOMNET

Gender auf die Agenda!

Fachtagung zur internationalen Konferenz über Entwicklungsfinanzierung in Doha

Informationen unter: brigitta.andree@fes.de

24.-26. November 2008, Genf, Brot für die Welt, FIAN, Heinrich Böll Stiftung, u. a.

Confronting the Global Food Challenge: finding new approaches to trade and investment to
support the right to food

Internationale Konferenz

www.surveymonkey.com/s.aspx?sm=MvCT7kvcK7pi3LV5WgAqZkSzOrr_2fymrRUErwGb9luwM_3d

26. November 2008, Leipzig, VENRO

Können die MDG in Afrika erreicht werden?

Diskussionsveranstaltung

Informationen unter: berlin@venro.org

1. Dezember 2008, Berlin, VENRO

Menschenwürdige Arbeit als Beitrag zur Armutsbekämpfung

Fachgespräch

Informationen unter: berlin@venro.org

5. Dezember 2008, Berlin, VENRO, Global Policy Forum Europe, tdh, DGVN

Nach Doha: Was hat die zweite UN-Konferenz über Entwicklungsfinanzierung gebracht?

Fachtagung

[www.dgvn.de/veranstaltung.html?&tx_mjseventpro_pi1\[showUid\]=277&cHash=93bd110636&recentView=teaserView](http://www.dgvn.de/veranstaltung.html?&tx_mjseventpro_pi1[showUid]=277&cHash=93bd110636&recentView=teaserView)

Herausgeber:

VENRO

Projekt „Perspektive 2015 – Armutsbekämpfung braucht Beteiligung“

Chausseestr. 128/129

10115 Berlin

Tel.: 030/280 466-70 / -71

Fax: 030/280 466-72

E-Mail: berlin@venro.org

Internet: www.2015.venro.org

Redaktion: Claus Körting & Merle Bilinski (V.i.S.d.P.)

Mitarbeit: Philipp von Zwehl

Mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung